

PRESSEMITTEILUNG

Fürther GRÜNEN–Fraktion setzt sich für kurzfristige Aufnahme von Geflüchteten aus Afghanistan ein

- Afghanische Ortskräfte, die jahrelang für deutsche Institutionen gearbeitet haben, müssen einen sicheren Ort zum Leben bekommen.
- Fürth soll kurzfristig bis zu 10 aus Afghanistan geflüchtete Familien aufnehmen, die nach dem Abzug der westlichen Militärs in Lebensgefahr schweben.
- München, Nürnberg, Erlangen und andere Städte haben bereits ihre Bereitschaft signalisiert.

Von Tag zu Tag wird die Lage in Afghanistan dramatischer. Die Taliban haben das Land überrannt und sind bis in die Hauptstadt Kabul vorgestoßen, das einheimische Militär hat sich zurückgezogen. Europäer*innen wie Botschaftsmitarbeiter*innen und Soldat*innen wurden bereits evakuiert. Doch auch Hunderte afghanische Ortskräfte, die oft jahrelang für deutsche Institutionen wie Botschaft, Hilfsorganisationen, Bundeswehr oder deutsche Medien gearbeitet haben, fürchten unter der neuen Herrschaft der Taliban um ihr Leben und sollen evakuiert werden.

„Frauenrechtler*innen, Demokrat*innen, Künstler*innen und Angehörige der LGBTQ-Community sind im Scharia-Regime der Taliban ebenfalls besonderen Gefahren ausgesetzt. Wenn es diesen Menschen gelingt, mit den Evakuierungsflügen aus Afghanistan zu fliehen, muss auch ihnen umgehend aus humanitären Gründen geholfen werden“, so die GRÜNEN-Stadtratsfraktion.

Mit einem Antrag will die Fraktion erreichen, dass die Stadt Fürth der Bundes- und Landesregierung anbietet, kurzfristig bis zu 10 aus Afghanistan geflüchtete Familien aufzunehmen, die nach dem Abzug der westlichen Militärs in Lebensgefahr schweben.

Denn die GRÜNEN-Stadträt*innen sind überzeugt: „Diese Menschen, die offen für Deutschland gearbeitet haben oder sich für freiheitlich-demokratische Werte unserer Gesellschaft eingesetzt haben, muss man schützen. Auch wenn über die letztendliche Zuweisung der Geflüchteten das Bayerische Innenministerium entscheidet, gebieten es Anstand und Menschlichkeit, dass die Stadt Fürth signalisiert, dass die Geflüchteten hier willkommen sind.“

München hat der Bundeskanzlerin bereits mitgeteilt, jederzeit 260 Menschen sofort aufzunehmen; auch die Nachbarstädte Erlangen und Nürnberg haben sich bereits offiziell zur kurzfristigen Aufnahme von Geflüchteten aus Afghanistan bereit erklärt und in einigen anderen Städten laufen ähnliche Anträge.

2019 hat sich die Stadt Fürth auf einen GRÜNEN-Antrag hin der Aktion „Seebrücke“ angeschlossen und damit signalisiert, dass Fürth ein Ort ist, an dem Geflüchtete sicher leben können. Nun ist es an der Zeit, diesem Bekenntnis Taten folgen zu lassen und in dieser absoluten Notsituation schnell und unbürokratisch Hilfe anzubieten.

KONTAKT FÜR RÜCKFRAGEN:

stadtratsfraktion@gruene-fuerth.de
Kamran Salimi / kamran.salimi@gruene-fuerth.de / 0911 732903